



**Andrus ANSIP**  
Vice-President of the European  
Commission

**Dimitris AVRAMOPOULOS**  
Member of the European Commission

**Julian KING**  
Member of the European Commission

**Mariya GABRIEL**  
Member of the European Commission

Brüssel, 31. 05. 2018

Gérard Collomb  
Ministre d'Etat, Ministre de l'Intérieur  
Place Beauvau  
75008 Paris  
Frankreich

Horst Seehofer  
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin  
Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister Collomb,

Sehr geehrter Bundesminister Seehofer,

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. April.

Der Kampf gegen den Missbrauch des Internets zu terroristischen Zwecken ist nach wie vor eine zentrale Priorität der Europäischen Kommission. Die europaweiten Anstrengungen, welche im Rahmen des EU-Internetforums unternommen werden, bezeugen dies, indem sie zum einen darauf hinarbeiten den Zugang zu terroristischen Inhalten in Internet weiter zu reduzieren, gleichzeitig aber auch die Zivilgesellschaft dabei stärken, effektive Alternativen zur Terrorpropaganda in Netz zu entwickeln.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Ihre bevorzugte Handlungsoption darin besteht, den Rechtsrahmen Europaweit mit einem Rechtsinstrument anzupassen. Ihrer Meinung nach, soll ein solches Rechtsinstrument Verpflichtungen zur Transparenz sowie zum Entfernen von Inhalten innerhalb einer Stunde beinhalten. Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen sind Ihnen ebenfalls wichtig. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass Sie eine öffentliche Konsultation unterstützen, und freuen uns zu bestätigen, dass eine solche Konsultation am 30. April 2018 begann und am 25. Juni 2018 schließen wird.

Auf der Grundlage unseres gemeinsam vereinbarten *Aktionsplans gegen Terrorinhalte in Internet* haben wir in den letzten drei Jahren durch eine enge Zusammenarbeit erhebliche Fortschritte erzielt: Vier große Unternehmen haben ein Hash-Sharing-Konsortium eingerichtet, um die Verbreitung terroristischer Inhalte über Plattformen zu hindern, welches derzeit von 12 Unternehmen genutzt wird.

Die ausgezeichnete Arbeit der EU-Meldestelle für Internetinhalte bei Europol spielt nach wie vor eine wichtige Rolle beim Melden von terroristischen Inhalten an Internetunternehmen, aber auch durch Rationalisieren EU-weiter Anstrengungen, sowie bei der Bereitstellung operativer Unterstützung und Analysen für Mitgliedstaaten.

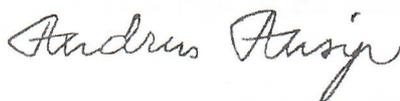
Darüber hinaus haben wir das Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen, in dessen Rahmen im Jahr 2017 mehr als 250 Organisationen ausgebildet wurden. Dies geschah durch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (*Radicalisation Awareness Network*) und Internetunternehmen. Wir werden weiter finanzielle Unterstützung für die Verbreitung wirksamer alternativer Darstellungen bereitstellen.

Trotz dieser Fortschritte sind wir uns bewusst, dass weiter dringender Handlungsbedarf besteht, besonders im Schlüsselbereich der Transparenz. Die Mitteilung der Kommission zur Bekämpfung illegaler Online-Inhalte vom September 2017, und die Empfehlung der Kommission für Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung illegaler Online-Inhalte vom März 2018 erkennen an, dass Selbstregulierung bei bestimmten Arten illegaler Inhalte wirksam ist. Die Empfehlung enthält klare Leitlinien für digitale Plattformen, um ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte nachkommen zu können.

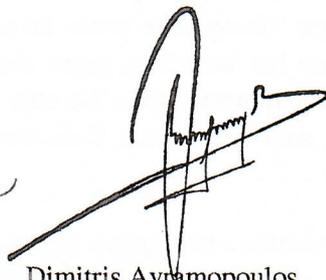
Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einer umfassenden Folgenabschätzung, bei der alle relevanten Daten und Fakten zusammengetragen werden, und verschiedene Optionen im Detail abgeschätzt werden. Dies wird auch die Ergebnisse der Empfehlung der Kommission und des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus, welcher im Rahmen des EU-Internetforums eingerichtet wurde, berücksichtigen.

Die Dienststellen der Kommission analysieren im Moment die aktuellsten Daten, welche Mitgliedsstaaten und Internetfirmen beim Treffen des EU Internetforums am 22. Mai vorgestellt haben. Im Rahmen dieser Folgenabschätzung prüfen wir das gesamte Spektrum von Optionen, von freiwilligen Systemen mit klaren Überwachungsrahmen bis hin zu zusätzlichen, verbindlichen Rechtsvorschriften.

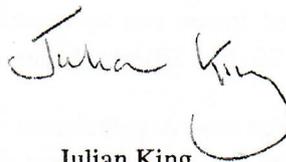
Wir sind der Auffassung, dass alle relevanten Optionen sorgfältig geprüft werden müssen, damit sichergestellt ist, dass etwaige zusätzliche Maßnahmen unsere Ziele wirksam erreichen. In den nächsten Wochen werden die Dienststellen der Kommission die zuständigen Ministerien in den Mitgliedstaaten kontaktieren, um den besten Weg weiter zu erörtern.



Andrus Ansip



Dimitris Avramopoulos



Julian King



Mariya Gabriel